

Zusammenfassung und abschließende Betrachtungen

Für eine wirksame Verständigung zwischen vormals verfeindeten und zerrissenen Staaten und Gesellschaften ist kontinuierliche Arbeit notwendig. Das gilt besonders für die durch den deutschen Angriffskrieg, Besatzungsterror, Völkermord und schließlich Flucht und Vertreibung zunächst scheinbar für immer geschiedenen Länder Deutschland, Polen und Tschechien. Oberflächliche Gesten der Versöhnung helfen der Verständigung ebenso wenig wie Versuche, die Vergangenheit einfach ›vergangen sein‹ zu lassen. Grundlage einer nachhaltigen Versöhnung ist die Bereitschaft, sich umfassende Kenntnisse sowohl der eigenen Geschichte als auch die der Nachbarn anzueignen.¹ Die in der vorliegenden Studie untersuchten Museen, das *Schlesische Museum* zu Görlitz, das *Muzeum Śląskie* in Kattowitz/Katowice, das geplante *Sudeten-deutsche Museum* in München, das *Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* in Aussig an der Elbe/Ústí nad Labem, die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* in Berlin, das *Museum des Zweiten Weltkrieges* in Danzig und das *Haus der Europäischen Geschichte* in Brüssel, können alle auf unterschiedliche Weise einen Beitrag zur Verständigung leisten. Sie zeigen verschiedene Erfahrungen und Perspektiven und helfen damit, *einander zu verstehen*.

Ziel einer solchen Verständigung ist es gleichwohl nicht, unterschiedliche Erfahrungen und Positionen zu vereinheitlichen. Es geht um einen ehrlichen Austausch, der ermöglicht, dass die Vergangenheit die Beziehungen zwischen den Ländern und innerhalb der Länder in Gegenwart und Zukunft nicht mehr negativ beeinflusst. Ein früher Wegbereiter der deutsch-polnischen Versöhnung, Stanisław Stomma, verfolgte den Gedanken, dass »die Beziehungen zwischen zwei Ländern dann als ›normal‹ zu definieren [seien], ›wenn sich diese mit den Problemen von morgen befassen‹.«² Dem ist in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation in Europa zuzustimmen. Auch die Museen können neben der oben angeführten historischen Verständigungsarbeit mit Linien bis zu den Herausforderungen der Gegenwart dazu beitragen. Dabei muss aber die Gratwanderung gemeistert werden, keinem politisch genehmen Präsentismus zu

1 Vgl. Staněk: Vertreibung und Aussiedlung, 2001, S. 208.

2 Zitiert nach: Lang: Der Streit um die Beneš-Dekrete, 2002, S. 2.

unterliegen und auch bei Gegenwartsfragen konsequent multiperspektivisch zu operieren.

Eine Erinnerungskultur der Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa sollte sich nicht auf die Vertreibungen beschränken, sondern ohne Verklärung auch die jahrhundertelange Geschichte eines überwiegend friedlichen Zusammenlebens in den Blick nehmen.³ Wie schon in Kapitel 1 angesprochen, kann gerade eine nicht idealisierte Geschichte des multiethnischen und multikonfessionellen Europa Anregungen für die Gestaltung unserer Gegenwart liefern. Diese Geschichte zeigt dabei ebenso erfolgreiche Ausgleichs ethnischer und konfessioneller Konflikte wie Wege zu scheinbar unüberwindbaren Verhärtungen auf. Antworten auf diese Fragen, wie die Gestaltungsversuche der Habsburgermonarchie, können in ihren historischen Bedingungen kein Vorbild, wohl aber ein lehrreiches Beispiel sein.⁴

Die vorliegende Studie untersucht die Entwicklung der Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, Polen und Tschechien und ihre Materialisierung in den sieben genannten Museumsprojekten, die alle nach der Jahrtausendwende entstanden sind. Die Auseinandersetzungen um die historische Einordnung von Flucht und Vertreibung haben sich innerhalb der genannten Länder und zwischen den Ländern seitdem fast ausschließlich auf diese Vorhaben bezogen. Deren erhebliche geschichtspolitische Bedeutung zeigt sich sowohl durch die zeitweise die Schlagzeilen der nationalen Nachrichten füllenden Debatten als auch in dem großen staatlichen Aufwand, der für die Schaffung der Museen geleistet wurde.

In Kapitel 1 folgte nach der Einführung in den Gegenstand und einer Diskussion der Thesen eine Erörterung der in der Arbeit verwendeten Schlüsselbegriffe. Dabei wurden sowohl die politische Konnotation vieler Begrifflichkeiten als auch unterschiedliche Sprachtraditionen in Deutschland, Polen und Tschechien diskutiert, wie sie sich nicht zuletzt bei der Bezeichnung von Flucht und Vertreibung zeigen. Die vorliegende Studie verwendet trotz aller historiographischen und politischen Schwierigkeiten neben dem wissenschaftlichen Terminus der Zwangsmigration das Begriffspaar »Flucht und Vertreibung«, das von den in Deutschland, Polen und Tschechien gängigen Termini am ehesten dazu geeignet ist, das vielschichtige Geschehen zusammenzufassen. Ähnliches gilt für die Kategorisierung der Museumsprojekte anhand einer Skala von progressiv bis konservativ, die der politischen Sprache entlehnt und als schematisches Hilfsmittel definiert wurde.⁵

Das zweite Kapitel widmete sich den theoretischen und methodischen Grundlagen der vorliegenden Studie: dem historischen Vergleich und der transnationalen Geschichtsschreibung, der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sowie der Historischen Diskursanalyse und Diskursgeschichte. Umfassend wurden in Kapitel 2.5 das Museum und die Ausstellung als Untersuchungsgegenstand erörtert sowie eine Museumsanalyse als Untersuchungsansatz entwickelt. Ein auf alle Ausstellungen und –

3 Vgl. Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen?* 2007, S. 183.

4 Vgl. Kap. 1, S. 13.

5 Kap. 1.3, S. 26f.

mit Einschränkungen – auf die Konzeptionspapiere anwendbares Analyseraster bot die Grundlage für den systematischen Vergleich der Projekte.

Kapitel 3 ordnete in einem historischen Überblick Flucht und Vertreibung zum einen in den spezifischen Kontext des Zweiten Weltkrieges ein, in dem das nationalsozialistische Deutsche Reich und die Sowjetunion massive und gewalttätige Bevölkerungsverschiebungen durchführten und Deutschland eine historisch beispiellose Besatzungsherrschaft über Ostmitteleuropa entfaltete, die eine »ethnische Neuordnung« Europas zum Ziel hatte. Zum anderen wurde herausgestellt, dass die Sozialtechnik staatlicher Vertreibungspolitik wie zur »Landnahme« für Siedlerkolonien oder im Zuge des »Griechisch-Türkischen Bevölkerungsaustausches« auch von demokratisch verfassten Staaten genutzt wurde und als integraler Bestandteil des sich entwickelnden modernen Staates mit einer bis heute fortgesetzten Wirkmacht zu betrachten ist. Diese beiden Elemente identifiziert die vorliegende Arbeit als Grundlage der Vertreibung der Deutschen. Sie grenzt sich damit von zwei bis heute in Wissenschaft und Erinnerungskultur präsenten Argumentationslinien ab, entlang derer Flucht und Vertreibung entweder ausschließlich im Kontext des Zweiten Weltkrieges oder primär in dem nach ethnischer Homogenität strebenden modernen Nationalstaat zu sehen seien. Hier werden die beiden Denkansätze zusammengeführt. Dieses *sowohl als auch* bildet die Bewertungsgrundlage für die untersuchten Diskurse ebenso wie für die analysierten Ausstellungen und Konzeptionspapiere.

Darüber hinaus hatte Kapitel 3 die Funktion, weitere geschichtswissenschaftliche Differenzen und Desiderata sowie unterschiedliche gesellschaftliche Maßstäbe in Deutschland, Polen und Tschechien für die Bewertung von Flucht und Vertreibung herauszuarbeiten. Die unterschiedlichen Begriffe, die für das historische Geschehen verwendet werden, legen zugleich den Fokus auf lediglich einzelne Phasen des Geschehens: Während in Deutschland Flucht und Vertreibung im Mittelpunkt stehen, sind es in Polen und Tschechien die vermeintlich ordnungsgemäß abgelaufenen »Aussiedlungen« oder der »Abschub«. Zudem kursieren – trotz umfassender Forschung – auch weiterhin erheblich auseinandergehende Opferzahlen. Ferner wird weiter darüber diskutiert, wer für die Gewalt während der Vertreibungen verantwortlich war. Lassen sich die Ausschreitungen auf den allgemeinen »Volkszorn« nach Jahren der Besatzung und Terrorherrschaft zurückführen oder war die Gewalt doch primär staatlich orchestriert? Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass alle Phänomene existierten, wobei ein Primat der staatlichen Akteure erkennbar ist. Sie nutzten die Gewalt als ein Mittel, um die zügige Entfernung der deutschen Bevölkerung zu erreichen.

An diesen Streitpunkt knüpft ein weiterer an: Sowohl in der Wissenschaft als auch in den Gesellschaften gehen die Meinungen über die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Vertreibungen auseinander. Erscheinen diese in Deutschland meistens in toto als Unrecht, werden in Polen und Tschechien häufig lediglich Übergriffe und Gewalt bedauert, zugleich aber – exkulpierend – auf die Entscheidung der Siegermächte für die Vertreibung als auch auf den vorherigen deutschen Besatzungsterror verwiesen, der ein weiteres Zusammenleben unmöglich gemacht habe. Die Externalisierung der Entscheidungen auf die Alliierten ist in Polen historisch wesentlich besser zu rechtfertigen als in Tschechien, wurde Polen doch von 1944 an von einer kommunistischen Marionettenregierung mit geringer Unterstützung in der Bevölkerung regiert, wohingegen die

Tschechoslowakei bis 1948 eine demokratisch legitimierte Regierung hatte. Zudem wird auf die Siegermächte verwiesen, die mit den Zwangsumsiedlungen die Grundlage für eine nachhaltige Friedensordnung schaffen wollten. Weiter werden die nationalsozialistischen deutschen Europaplanungen herausgestellt, bei deren Umsetzung nach einem ›Endsieg‹ den Polen und Tschechen ein wesentlich schlimmeres Schicksal gedroht hätte. In Polen wird dabei auf die Millionen Opfer der deutschen Herrschaft und der Shoa hingewiesen, in der konventionellen Meistererzählung in Tschechien zudem auf den kollektiven Hochverrat der Sudetendeutschen an ihrem Staat, der Tschechoslowakei, und ihrem Mittragen der nationalsozialistischen deutschen Besatzungsherrschaft.

Die hier angeführten und verschieden bewerteten Ereignisse markieren die Grundlage der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen. Die nicht übereinstimmenden Erfahrungshorizonte und die nach nationalen Erinnerungskulturen differenten Bilder des Geschehens führten zu unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben und erschweren bis heute die Verständigung.

Die Integrationsgeschichte der Vertriebenen in der Bundesrepublik und der DDR sowie die Eingliederung der vormaligen deutschen Ostprovinzen und des Sudetenlandes in die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakei zeigten die materiellen Hintergründe der Diskurse im Kalten Krieg auf. Das allseits erhobene Postulat der schnellen und erfolgreichen Integration sowohl der Menschen in der Bundesrepublik und der DDR als auch der Gebiete in Polen und der Tschechoslowakei ist als Mythos widerlegt, vielmehr sind langwierige Prozesse bis hin zu einem Scheitern zu konstatieren. Beispielfhaft dafür steht die Rückständigkeit vieler Gebiete des ehemaligen Sudetenlandes, die vormals wirtschaftlich bedeutende Regionen waren.

Der in Kapitel 4 untersuchte Diskurs über Flucht und Vertreibung während des Kalten Krieges in der Bundesrepublik, der DDR, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei war wesentlich durch innere und äußere Frontstellungen geprägt. Die zentralen Argumentationslinien reduzierten die Komplexität des historischen Geschehens erheblich. In der Bundesrepublik wurde die Schuld für die Vertreibungen und die mit ihnen einhergehenden Verbrechen fast allein an den kommunistischen ›Vertreiberstaaten‹ und Einzelfiguren wie Edvard Beneš festgemacht, ehe sich der Diskurs in den 1960ern Jahren differenzierte. Dem Bund der Vertriebenen (BdV) und ihm nahestehenden Parteien wie CDU und CSU stellte ein immer stärker an Gewicht gewinnendes linksliberales Milieu eine eigene Geschichte entgegen, in der die deutsche Schuld im Mittelpunkt stand. In der DDR, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei wurden die Vertreibungen als eine gerechte und logische Konsequenz des Krieges betrachtet. Die Unterstützung der Vertriebenenverbände und ihrer Forderungen durch die Bundesrepublik stützte zugleich den propagandistisch intensiv genutzten Vorwurf, dass Westdeutschland eine gewaltsame Revision der Nachkriegsordnung anstrebe.

Auf beiden Seiten des geteilten Europa initiierten kleinere Gruppen neue Wege der Verständigung, indem sie für wechselseitiges Verständnis warben und sich selbstkritisch mit der eigenen Geschichte auseinandersetzten. Dennoch blieb die Reichweite solcher Initiativen auf kirchliche Kreise oder einige Intellektuelle aus der Opposition begrenzt. Daran konnten auch die verschiedenen und vermeintlichen Wendepunkte des Diskurses nichts ändern. Das prägnanteste Beispiel aus dieser Zeit ist der Brief der

polnischen Bischöfe von 1965. Dieser ist zwar ein symbolischer Meilenstein der Verständigung, jedoch konnte er den vielleicht einzigen Konsens zwischen kommunistischer Diktatur und polnischer Bevölkerung – die Bewertung der Vertreibung als gerechtfertigt – nicht auflösen. Im Rückblick auch auf den Diskurs nach 1989 scheint vielmehr die langwierige und holzschnittartige politische Mobilisierung des Themas nicht ohne Einfluss auf die Bevölkerung geblieben zu sein.

Dieser Diskursgeschichte nach 1989 war das Kapitel 5 gewidmet. Das Ende des Kalten Krieges führte trotz vielfältiger wissenschaftlicher und politischer Initiativen und Erwartungen an eine umfassende Verständigung und dementsprechende Bemühungen nicht zu einer breiten gesellschaftlichen Infragestellung der bisherigen Narrative. Auch die Versöhnungsgesten von Václav Havel 1989/90, der vor und nach seiner Wahl zum Präsidenten der Tschechoslowakei Worte des Bedauerns über die Vertreibungen äußerte, konnten weder den tschechischen noch den Diskurs innerhalb der Gemeinschaft der Sudetendeutschen entscheidend verändern. Spätestens Anfang der 2000er Jahre schwanden die letzten Illusionen, dass nach Ende des Kalten Krieges eine erfolgreiche Verständigung über die Fragen von Flucht und Vertreibung erreicht werden könnte. Hitzige Diskussionen um das vom BdV initiierte *Zentrum gegen Vertreibungen* und die ›Beneš-Dekrete‹ ließen die alten Verhärtungen wieder sichtbar werden. Die am Ende des Zweiten Weltkrieges erlassenen tschechoslowakischen Präsidialdekrete rekonstituierten die Tschechoslowakei und sicherten die Vertreibungen der Deutschen rechtlich ab. Nach der Jahrtausendwende verband der damalige Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Edmund Stoiber, die Forderung nach Aufhebung der Dekrete mit den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen. In Tschechien führte diese Verknüpfung zu einer Verteidigungshaltung, die kritische Stimmen über Beneš und das Vertreibungsgeschehen marginalisierte. Für Polen ebenso wie für Tschechien war die Initiative des BdV, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu schaffen, vor allem aus zweierlei Gründen nicht akzeptabel: So sei der BdV zum einen als nicht neutrale und politisch umstrittene Instanz ungeeignet, eine solche Institution mit staatlichen Geldern, aber von ihm dominiert, umzusetzen. Zum anderen wurde befürchtet, in einem auf die Vertreibungen reduzierten und vom weiteren Kontext des Zweiten Weltkrieges gelösten Museum als alleiniger Täter dargestellt zu werden, womit eine völlige Verkehrung der Geschichte drohe. So belasteten Anfang der 2000er Jahre Flucht und Vertreibung die Beziehungen zwischen den Ländern erneut.

Eine gemeinsame und als solche artikulierte Position von Polen und Tschechien zum Vertreibungsdiskurs war und ist nur eingeschränkt gegeben. Abgesehen von einem durchaus aufmerksamen Beobachten der jeweiligen Auseinandersetzungen mit Deutschland wurde nur gelegentlich eine Interessenidentität postuliert und entsprechend kooperativ gewirkt. So war der Konflikt um das Zentrum gegen Vertreibungen eher ein deutsch-polnischer und die Diskussion um die ›Beneš-Dekrete‹ ein deutsch-tschechischer, auch wenn dieser Fragen der Rechtmäßigkeit der Vertreibungen und Entschädigungen generell berührte. Nicht ignoriert werden darf die stete Kritik am BdV-Vorhaben durch linksliberale Stimmen in Deutschland, auch wenn es nach 2000 zeitweise gelang, in diesem Milieu einige Unterstützer zu gewinnen.

Trotz dieser fortgesetzten Streitigkeiten ist in Polen und Tschechien ein sich nach 1989 rasch entwickelnder zivilgesellschaftlicher Aufbruch festzustellen, in dem sich lo-

kale Gruppen dem deutschen Kulturerbe ihrer Region widmen und Künstler sich empathisch mit der Vertreibung auseinandersetzen. Derartige Akteure sind von der europäischen und globalen Renaissance eines alten und neuen Nationalismus besonders betroffen, scheint doch ihre Arbeit wenig fruchtbar gewesen zu sein. Dennoch sollte ihr Wirken für die langfristige Verständigung sowohl vor Ort als auch für die Erinnerungskultur nicht unterschätzt werden.

Ein nach 2000 im Zuge der neuen Diskussion um Flucht und Vertreibung in Deutschland befürchteter entscheidender Wandel der selbstkritischen bundesrepublikanischen Erinnerungskultur ist nicht eingetreten. Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) existiert jedoch mittlerweile eine parlamentarisch etablierte Kraft, die mindestens in Teilen eine andere Erinnerungskultur anstrebt und auch im Bereich der Vertriebenenpolitik operiert.

Bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes (2019) kam es punktuell immer wieder zur konfliktbeladenen Re-Thematisierung von Flucht und Vertreibung, so bei der Diskussion um die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, dem Haus der Europäischen Geschichte und zuletzt in der tschechischen Reaktion auf die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Juni 2018. Wie alle bisherigen bundesdeutschen Regierungen bewertete die Bundeskanzlerin die Vertreibung als Unrecht, was bei der neuen tschechischen Regierung zu dem Reflex führte, diesen vermeintlich erneuerten Vorwurf gegenüber Tschechien rhetorisch abwehren zu müssen.

Im Anschluss an die Diskursgeschichte wurden in Kapitel 6 und 7 die verschiedenen Museumsprojekte in den drei Ländern sowie das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel auf ihre Darstellung von Flucht und Vertreibung hin untersucht. Dies geschah in Verbindung mit den vorher diskutierten historiographischen Problemen, der Diskursgeschichte sowie der Vorgeschichte, der Struktur und den Ansprüchen der Museen.

Zunächst wurde in Kapitel 6 das *Schlesische Museum zu Görlitz* (SMG) dem *Muzeum Śląskie* (MŚK) in Kattowitz gegenübergestellt. Das 2006 eröffnete Museum in Görlitz ist ganz dem Europadiskurs der 2000er Jahre und einem Idealismus der deutsch-polnischen Verständigung unter europäischem Vorzeichen verpflichtet. Besonders zeigt sich das bei der sehr zurückhaltenden Darstellung von Flucht und Vertreibung, die sich politisch so unangreifbar wie möglich zu machen versucht, und zwar durch eine starke historische Kontextualisierung unter Betonung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, eine Unterbelichtung polnischer Verantwortung sowie eine Parallelisierung mit dem Schicksal der Polen aus den *kresy*. Das damit verbundene Bemühen, für Polen und Deutsche gleichermaßen ansprechend und anschlussfähig zu sein, gelingt aber nur in eingeschränktem Maße, denn polnische Besprechungen sehen in der Darstellung vor allem eine deutsche Perspektive auf Schlesien. Bereits vor der Eröffnung des Museums in Kattowitz im Jahr 2015 war eine Diskussion darüber entbrannt, welchen Anteil die deutsche Geschichte Schlesiens an der Dauerausstellung haben sollte. Die zunächst vorgesehene Konzeption wollte dem multiethnischen Oberschlesien einen größeren Raum zugestehen und die Ausstellung mit der von der polnischen Rechten als deutsch konnotierten Industrialisierung beginnen lassen. Nach dem erzwungenen Rücktritt des verantwortlichen Direktors 2013 wurde die bis dahin entwickelte progressive Konzepti-

on wesentlich abgeändert. In der Dauerausstellung nimmt jetzt das nationalpolnische Schlesien-Narrativ wieder mehr Raum ein, was sich beispielhaft daran zeigt, dass die Ausstellung nun mit der Epoche des piastischen Schlesien beginnt. Dennoch wird an vielen Stellen ein differenzierter Umgang mit der deutschen Vergangenheit Oberschlesiens deutlich. Dies zeigt sich auch bei den Darstellungen von Vertreibung, Deportation und Internierung sowie damit einhergehender Gewalttaten, denen deutschsprachige ebenso wie polnischsprachige Oberschlesier zum Opfer fielen und die in der Ausstellung ausführlich besprochen werden. Die gelegentliche Loslösung von einem dichotomen Verständnis von Oberschlesiern als deutsch oder polnisch unterstützt die offene Darstellung des Vertreibungsgeschehens.

Der Untersuchung der beiden schlesischen Museen folgten zwei Exkurse zu den jeweils seit dem Jahr 2006 intensiv verfolgten Planungen des *Sudetendeutschen Museums* in München und des *Museums der deutschsprachigen Bewohner Böhmens* in Aussig an der Elbe/Ústí nad Labem. Die bisherige Geschichte des Vorhabens in Aussig hat die Kontroversen um die Musealisierung des Themenfeldes auch für die Tschechische Republik gezeigt. Die Planungen weisen eine Nähe zu dem verständigungspolitischen Diskurs auf, wie er bei den in Kapitel 5.3 vorgestellten zivilgesellschaftlichen Organisationen des deutsch-tschechischen Dialoges zu finden ist: Die Darstellung des Zusammenlebens verfällt keiner Idealisierung, ebenso wie der deutsche Anteil als bedeutendes und integrales Element tschechischer Geschichte gewürdigt wird. Ohne ein Schwerpunkt der Ausstellung zu werden, sollen die Vertreibungen ihre angemessene Berücksichtigung finden und die Geschehnisse multiperspektivisch diskutiert werden. Damit stehen die Planungen allerdings im Widerspruch zu einem größeren Teil der politischen Kräfte in Tschechien, die der älteren nationalen Meistererzählung verbunden sind, in der die Deutschen der böhmischen Länder vor allem eine Bedrohung darstellten. Mehr noch schien aber die Umsetzung von der verbreiteten gesellschaftlichen Gleichgültigkeit und dem politischen Desinteresse dem Thema gegenüber behindert zu werden. Die Planungen zum *Sudetendeutschen Museum* in München sind in ihrer inhaltlichen Grundausrichtung komplementär. Die Vertreibung wird eingebettet in eine jahrhundertlange deutsch-tschechische Kulturgeschichte und steht nicht im Mittelpunkt. Eine sowohl für Tschechen als auch für Deutsche und Sudetendeutsche anschlussfähige Erzählweise ist nicht nur gewünscht, sie soll auch ein Grundelement der Ausstellungsgestaltung sein. Ein Diskurs um das Museum fand in der Öffentlichkeit kaum statt, die Entstehung des Hauses wurde von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mehrheit in Bayern getragen. Personelle Verbindungen zwischen dem Münchner und Aussiger Museum sowie das nach 2010 wesentlich verbesserte bayerisch-tschechische Verhältnis bieten die Grundlage für eine ergiebige Kooperation.

Die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung* (SFVV) befindet sich nach langwierigen innerdeutschen und nachbarschaftlichen Auseinandersetzungen vor der nunmehr im Jahr 2021 geplanten Eröffnung. In den Konzeptionspapieren manifestieren sich die unterschiedlichen Forderungen und Kritikpunkte des Diskurses als Synthese. Ein europäischer Ansatz wird in Form eines Unterschieds und Gemeinsamkeiten diskutierenden Überblicks über die Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert verfolgt. Diese sollen zusammen mit dem ideengeschichtlichen Hintergrund staatlicher Zwangsmigrationspolitik und den nationalsozialistischen deutschen Kriegs- und Besatzungsverbrechen

um den Ausstellungsschwerpunkt, die Flucht und Vertreibung der Deutschen, gruppiert werden. Damit finden sich sowohl Elemente des Zentrums gegen Vertreibungen des BdV als auch die Berücksichtigung der an diesem angeführten Kritikpunkte wieder, welche die Arbeit der ersten Jahre der SFVV ebenfalls begleiteten. So sollen die Vertreibungen der Deutschen weder durch eine Über-Kontextualisierung relativiert werden noch die anderen Zwangsmigrationen als bloße Ergänzung zur Hervorhebung des besonderen deutschen Schicksals dienen. Polnische Besucher können in der geplanten Ausstellung aufgrund der Darstellung der vom nationalsozialistischen Deutschland geplanten und begonnenen »ethnischen Neuordnung Europas« sowie den Zwangsumsiedlungen aus den *kresy* Anknüpfungspunkte an entscheidende Ereignisse der polnischen Geschichte finden. Tschechischen Besuchern kann der präsentierte Zusammenhang der Vertreibungen verdeutlichen, dass es sich bei der Vertreibung der Sudetendeutschen nicht nur um ein spezifisch deutsch-tschechisches Phänomen im Kontext des Zweiten Weltkrieges handelt, sondern *auch* um ein bis heute fortwirkendes ideengeschichtliches Konzept. Im Unterschied zu den anderen hier diskutierten Institutionen liegt bei der SFVV auch ein Schwerpunkt auf der Darstellung jüngerer und gegenwärtiger Flucht- und Vertreibungsbewegungen. Ob mit einer erfolgreichen Umsetzung des ambitionierten Ausstellungskonzeptes ein Ende der häufig polemischen Diskussionen über die Institutionalisierung eines Erinnerungsortes an Flucht und Vertreibung einhergeht und die Stiftung eine Basis für Verständigung sein kann, hängt schließlich entscheidend von ihrer künftigen Akzeptanz in Polen und Tschechien ab.

Das 2017 eröffnete *Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig* (MIIW) wurde in der liberalen Presse weltweit gefeiert. In der Bewertung von Flucht und Vertreibung folgt es einer konventionellen und patriotischen polnischen Meistererzählung, in der Darstellung des Schicksals der Vertriebenen aber einer empathischen Perspektive. Die Vertreibung der Deutschen wird in mehreren Abschnitten behandelt. In dem ausschließlich Zwangsmigrationen am Ende des Krieges gewidmeten Raum führt eine Parallelisierung mit anderen Zwangsmigrationen dieses Zeitraumes, die Unterschiede eher negiert, zu einer gewissen Marginalisierung des Geschehens. An verschiedenen Stellen zeigt die Ausstellung jedoch auch in Hinblick auf Flucht und Vertreibung kritisches Potenzial, beispielsweise bei der Darstellung der Vergewaltigungen am Ende des Krieges sowie der Präsentation der Schiffsglocke der *Wilhelm Gustloff* als Symbol für die Toten der deutschen Fluchtbewegung. Die progressiven Elemente der Machcewicz-Ausstellung finden sich allerdings eher in anderen Bereichen. Dies ist auch daran erkennbar, dass die nationalkonservative Ausstellungskritik sich zu den Flucht und Vertreibung betreffenden Ausstellungsteilen nicht oder kaum geäußert hat. In Abkehr von seinem Gründungsimpuls, der deutschen Zentrumsinitiative und später der SFVV durch ein eigenes Museum zu begegnen, bleibt das Thema auch aufgrund der schieren Dimension der Ausstellung ein untergeordnetes Element. Für eine weitergehende deutsch-polnische Verständigung über Flucht und Vertreibung eignet sich die Dauerausstellung nicht. Von der im April 2017 eingesetzten PiS-nahen Museumsleitung ist nicht zu erwarten, dass sie ergänzend durch Sonderausstellungen und Veranstaltungen positive Impulse für eine deutsch-polnische Verständigung setzt.

In der lange nicht sehr lebhaft geführten Diskussion um das 2017 in Brüssel eröffnete *Haus der Europäischen Geschichte* (HEH) war die Darstellung von Flucht und Vertrei-

bung der Deutschen wiederholt ein Thema. In der Ausstellung findet es sich vor allem in einem kleinen, der Zwangsmigration am Ende des Krieges gewidmeten Bereich. Dieses Element unterscheidet sich vom Rest der Ausstellung, indem es einen primär nationalgeschichtlichen, deutschen Ansatz für dieses Thema wählt, ohne aber einen gegenüber Polen oder Tschechien anklagenden Ton anzustimmen. Das Ende des für viele Regionen Ostmitteleuropas konstitutiven Elements der multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung wird nicht gezeigt und damit bleibt die Chance ungenutzt, die einschneidende Dimension dieses Verlustes darzustellen. Die konventionelle deutsche Erzählung über die Vertreibung wurde von den polnischen Kritikern, die das Haus als Ganzes heftig unter Beschuss nahmen, umgehend entdeckt und polemisch angegriffen. Übersehen wurde dabei von den meisten kritischen Stimmen der besonders positiv hervorzuhebende fragende und dialektische Charakter der Brüsseler Ausstellung, die dem Besucher auf Augenhöhe zu begegnen versucht und zur eigenen Bewertung anregt. Gerade im Bereich von Flucht und Vertreibung wird diese Gelegenheit aber nicht geboten – damit bleibt die Möglichkeit für eine Anschlussfähigkeit dieser Darstellung an die Erzählungen in Polen und Tschechien ungenutzt.

In der vergleichenden Betrachtung aller untersuchten Museen lässt sich unter anderem erkennen, dass im Verlaufe der Erarbeitung eines ersten Konzepts bis hin zur tatsächlichen Realisierung im Museum oft vielversprechende Ansätze, wie etwa Multiperspektivität oder der Versuch, mit dem Besucher in der Ausstellung in einen Dialog zu treten, einem scheinbar notwendigen Pragmatismus weichen, in dessen Folge Abstriche gemacht werden. Dies gilt es bei der Bewertung der drei noch nicht fertiggestellten Museen zu berücksichtigen. Von dem in Kapitel 2.5 skizzierten Idealtypus des Museums als demokratischem Forum, in dem Besucher und Ausstellungsmacher in einen nicht-hierarchisch geprägten Austausch treten, sind alle untersuchten Institutionen entfernt.

Ansätze eines solchen Museums sind aber bei allen analysierten Ausstellungen erkennbar. Im Haus der Europäischen Geschichte wird der Besucher durch einen fragend-dialektischen Charakter eingebunden, im Schlesischen Museum in Kattowitz werden mit einer streckenweise parallelen Ausstellungserzählung sowohl Differenz als auch Verschränkung zwischen den deutschen und polnischen Oberschlesiern gezeigt. Das gelingt beispielsweise über das recht einfache, aber wirkungsvolle Mittel der räumlichen Gegenüberstellung der Entwicklung des deutschen und polnischen Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit.

Bezogen auf Flucht und Vertreibung wird ein konsequent multiperspektivischer Charakter zunächst nur durch das Konzeptionspapier der SFVV verfolgt. Ähnliches planen das Sudetendeutsche Museum in München oder das Museum der deutschsprachigen Bewohner Böhmens in Aussig, in denen verschiedene Sichtweisen dargestellt werden sollen. Das MŠK in Kattowitz verzichtet bei seiner Darstellung von Flucht und Vertreibung auf eine Diskussion über deren Notwendigkeit und unterschiedliche Einschätzungen. Ähnlich zurückhaltend ist das HEH, wenn auch nur in diesem Teil der Ausstellung. Einen multiperspektivistischen Ansatz in dem Bereich setzen das SMG und das MIIW insofern um, als sie verschiedene Erzählungen der von Vertreibung betroffenen Gruppen parallel darstellen.

In Hinblick auf die Frage, ob und wie sich in den untersuchten Institutionen regionale, nationale oder europäische Erzählungen finden lassen, konnte festgestellt werden, dass alle Einrichtungen mit unterschiedlicher Intensität eine europäische Erzählung im Sinne von Multiperspektivität und eine über den nationalen Rahmen hinausgehende Darstellung anstreben. Alte und neue nationale Erzählungen sind dennoch weiterhin präsent oder im Falle des Hauses der Europäischen Geschichte eine – gleichwohl immer wieder selbstkritische – Meistererzählung der Europäischen Union. Flucht und Vertreibung als Teil der nationalsozialistischen und sowjetischen Zerstörung Ostmitteleuropas durch Völkermord und unzählige, zunächst von ihnen verursachte Zwangsmigrationen werden in keinem der untersuchten Häuser oder Papiere konsequent als kulturelle europäische Verlustgeschichte erzählt.

Das Phänomen, dass beim Thema der Zwangsmigration der Deutschen in den untersuchten Gesellschaften jeweils an unterschiedliche Phasen und Ereignisse erinnert wird, schlägt sich in den Museen nur eingeschränkt nieder. Alle Häuser differenzieren zwischen Flucht und Vertreibung und ergänzen diese gegebenenfalls noch um Evakuierung, Lagerinternierung, Deportation oder teilen die Vertreibung auf in »wilde« und »organisierte« Vertreibungen. Das kann aber auch dazu führen, wie beispielhaft in Katowitz zu beobachten, dass die Verbindung zwischen den einzelnen Geschehnissen unendlich wird.

Die Annäherung in der Forschung, die aber auch zwischen den besonders verständigungsfreundlichen deutschen, polnischen und tschechischen Wissenschaftlern nicht in allen Feldern einen *common sense* hergestellt hat, findet sich insofern in den Museen wieder, als es keinerlei klare Dissonanzen zwischen den verschiedenen Ausstellungen und Konzepten gibt. Inhaltliche Unterschiede machen sich an Nuancen und vor allem daran fest, was *nicht* erzählt wird. Bestätigt hat sich die These, dass die Museen besonders kontroverse Themen in den Ausstellungen aus unterschiedlichen Motivationslagen heraus eher vermeiden als offensiv diskutieren. Das führt zwar nicht zur Unausgewogenheit der Darstellung, ist aber einer kritischen Auseinandersetzung nicht förderlich – die wiederum als Basis für eine erfolgreiche Verständigung anzusehen ist.

Bei der Zusammenführung aller Ergebnisse der vorliegenden Studie lässt sich erkennen, dass es im Untersuchungszeitraum nach 1989 von allen Seiten Versuche und Initiativen gab, aufeinander zuzugehen. Dies führte zu Versöhnungsgesten und weitergehenden Schritten der Verständigung, wie sie sich nicht zuletzt auf der Ebene des alltäglichen Zusammenlebens der Nachbarn zeigten und zeigen. Im Gegensatz zu manchem Optimismus der 1990er Jahre lässt sich aber feststellen, dass in allen Ländern nationale Perspektiven und ältere Meistererzählungen persistieren und nicht vollständig überwunden werden konnten. Im Gegenteil: Zum Ende des Untersuchungszeitraumes zeichnet sich in Europa eine Renaissance von Nation und Nationalismus und damit auch heroischer Erzählungen der Nationalgeschichten ab.

Für den Zeitraum nach 1989 lassen sich drei Phasen des Vertreibungsdiskurses zwischen den Ländern ausmachen: Im deutsch-polnischen Verhältnis waren die 1990er Jahre von einem Verständigungsoptimismus geprägt und Fragen der Gegenwart standen im Mittelpunkt. Dagegen wurde diese Zeit zwischen Deutschland und Tschechien aufgrund der Diskussionen, unter anderem um Entschädigungen der Vertriebenen,

schon als »kleine Eiszeit« bezeichnet. Anfang der 2000er Jahre begann die zweite Phase, in der die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ebenso wie die zwischen Deutschland und Tschechien einen Tiefpunkt erreichten, als Vorbehalte in Deutschland in Hinblick auf die EU-Osterweiterung mit der von CDU/CSU forcierten Diskussion um die »Beneš-Dekrete« und dem Projekt des Bundes der Vertriebenen, ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten, zusammenfielen. Dies gab wiederum dem polnischen und tschechischen Nationalismus Auftrieb. Die östlichen Nachbarn Deutschlands fürchteten angesichts der Initiative, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu schaffen, einen staatlich forcierten Geschichtsrevisionismus. In der dritten Phase, von 2010 bis 2015, entspannte sich durch die bayerisch-tschechische Verständigung das deutsch-tschechische Verhältnis wieder, wohingegen das deutsch-polnische Verhältnis nach dem Regierungswechsel in Polen 2015 einen neuen Tiefpunkt erreicht hat.

Die Entwicklung der 1990er und 2000er Jahre scheint trotz aller Widrigkeiten noch im Rahmen des damals den Westen dominierenden, liberalen, globalisierungs- und EU-freundlichen Diskurses verortbar zu sein. Streitfälle wie die »Beneš-Dekrete« oder das Zentrum gegen Vertreibungen konnten noch als Anpassungsschwierigkeiten betrachtet werden, ehe das Jahr 2016 durch den *Brexit*, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und den doppelten Wahlsieg der PiS in Polen sowie die Etablierung der AfD als nationalpopulistische Partei in Deutschland eine entscheidende Zäsur darstellte. Alte und neue Formen des Nationalismus, das erklärte Ende des Multilateralismus und alternative Gesellschaftsentwürfe fordern die liberalen Demokratien heraus, wobei die nationalen Erinnerungskulturen einen Seismographen für diese Prozesse bilden. Das zeigt sich in unterschiedlicher Intensität an den untersuchten Museumsprojekten, die diese Entwicklungen durch die Bildung von Hybriden nachvollziehen und auf diese Weise auch die verschiedenen Positionen des »Vertreibungsdiskurses« abbilden. Bisher fällt dabei kein Haus in seiner Darstellung in die Zeit des Kalten Krieges zurück; vielmehr versuchen alle Museen kompatibel mit einer europäischen Erzählung zu sein. Zugleich lassen sich in den Projekten Elemente der alten nationalen Meistererzählungen finden. Besonders auffällig ist, dass gerade das Haus der Europäischen Geschichte in dem Teil der Ausstellung, der sich mit der Vertreibung befasst, einer bundesrepublikanischen Meistererzählung folgt. Das Görlitzer Haus steht stellvertretend für die Europaeuphorie der frühen 2000er Jahre, das MIIW nach dem April 2017 für deren vorläufiges Scheitern. Ein progressives Museum, das die Kritik der deutschen und polnischen linksliberalen Intellektuellen und Wissenschaftler der 2000er Jahre widerspiegelt, ist bisher nicht zu erkennen, auch wenn die SFVV sich an diese angenähert hat. Das MIIW unter seiner neuen PiS-nahen Führung bildet hingegen einen klaren Gegenpol und steht für einen nationalistischen *roll back*.

Die in der vorliegenden Studie herausgearbeiteten Befunde können die in Kapitel 1 diskutierten Desiderata erfüllen: Erstmals wurden museologische Ansätze in Polen und exkursiv in Tschechien zur Darstellung von Flucht und Vertreibung an prägnanten Beispielen umfassend untersucht und dabei das für ihre Entstehung konstitutive Element des Beziehens auf die Nachbarn mit einem strukturierten Vergleich berücksichtigt. Damit konnte einem Defizit vieler deutscher Untersuchungen begegnet werden, die der Musealisierung von und dem Diskurs über Flucht und Vertreibung gewidmet sind und

häufig bei einer bundes- und innerdeutschen Perspektive verbleiben, in der Tschechien oder Polen ohne tiefere Analyse als unterkomplexe Einheiten erscheinen, auf deren – nicht kritisch und historisch diskutierte – Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen sei.⁶ Die Einbeziehung des Hauses der Europäischen Geschichte berücksichtigte schließlich die zunehmende Bedeutung der europäischen Ebene für die Aushandlung nationaler und transnationaler erinnerungskultureller Konflikte, die sich unter anderem an der Darstellung der Vertreibung im HEH festmachen lässt.

Die Untersuchung konnte nicht alle für die Diskussion der Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung in Ostmitteleuropa in Frage kommenden Museen behandeln, aber sie bildet für notwendige Anschlussuntersuchungen eine grundlegende Referenz. In der Gegenwart wie in der Zukunft werden sich alle Lokal-, Regional- und Nationalmuseen in Ostmitteleuropa zu ihren multiethnischen oder im Falle der polnischen Westgebiete fast ausschließlich deutschen Vergangenheiten verhalten müssen. Das gilt für das Stadtmuseum von Tallinn ebenso wie für das Nationalmuseum Moldawiens.

Die Untersuchung der Museen als Manifestationen des schwer greifbaren Gegenstandes des Diskurses ermöglichte es, auf fundierter Basis eine Bilanz der Auseinandersetzungen um Flucht und Vertreibung in Deutschland, Polen und Tschechien nach 1989 zu ziehen. In den hier untersuchten staatlichen Museen sind die Akteure gezwungen, auf die Debatten, die historiographischen Differenzen und Desiderata zu reagieren und mit den auf zehn bis zwanzig Jahre ausgelegten Dauerausstellungen mindestens mittelfristig gültige Positionen zu artikulieren.⁷ Trotz einiger Unwägbarkeiten gestattete es die Gegenwartsnähe der Studie, die für die Museen entscheidenden Entwicklungen nach 2015 und die oben beschriebene politische Zäsur von 2016 noch zu erfassen und zu erforschen. Eine zeitliche Beschränkung auf die Phase vor diesem Zeitraum wäre den Untersuchungsgegenständen daher nicht gerecht geworden, zumal das MIIW und das HEH erst 2017 eröffneten.

Die in Kapitel 4 und 5 skizzierte Diskursgeschichte baute auf einer vorherigen ausführlichen Besprechung des historischen Geschehens und den fortwährend bestehenden unterschiedlichen Sichtweisen auf. Dieses Vorgehen hat sich als sinnvoll erwiesen, um die Diskurse historisch zu fundieren und zugleich eine valide Bewertungsgrundlage zu schaffen. Die Aufgliederung der Diskursgeschichte nach Ländern mit gelegentlichen Verweisen auf die Entwicklung und Beobachtung der Nachbarstaaten wurde mit einem zusammenführenden Vergleich abgeschlossen. Diese Herangehensweise ist zwar den historischen Prozessen und dem Charakter des Diskurses gerecht geworden, hat

6 Das gilt beispielsweise auch für die in vielerlei Hinsicht ergiebige Studie von Hahn/Hahn: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010. Die von Völkerling angekündigte Dissertation zur bundesdeutschen Musealisierung ist in ihrem Ansatz zunächst auf Deutschland beschränkt, jedoch lassen die bisherigen Schriften Völkerlings erkennen, dass die Sicht Polens oder Tschechiens berücksichtigt wird: <https://www.uni-muenster.de/Geschichte/hist-dida/organisation/mitarbeiter/voelkerling.html> (letzter Zugriff: 17.11.2018).

7 Wie sich am MIIW zeigt, kann gleichwohl durch bereits kleinere Änderungen der Charakter einer Dauerausstellung wesentlich modifiziert werden. Dennoch gilt für die uns hier beschäftigenden Institutionen, dass deren Planungen nicht auf eine flexible Veränderung je nach politischer Situation angelegt sind.

sich aber zugleich als langwierig und Wiederholungen provozierend erwiesen. Die noch konsequentere Darstellung einer Verflechtungsgeschichte verspricht jedoch in Anbetracht der primär im nationalen Rahmen stattfindenden Diskurse wenig ergiebig zu sein. Die Arbeit versuchte die transnationalen Verbindungen und Akteure sowie die europäischen Ebene in Form der Europäischen Union als Plattform und Akteur durch ein stetes Einbeziehen konsequent zu berücksichtigen.

Die vorliegende Studie folgte bei der Verhandlung erinnerungskultureller Entwicklungen in den untersuchten Ländern einem geschichtspolitischen Schwerpunkt. Durch einen weiten Blick auf die Prozesse in Deutschland, Polen und Tschechien gelang es, die unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen stattfindende Erinnerung an Flucht und Vertreibung nicht isoliert zu betrachten und somit in ihrem Kontext bewerten zu können. Für ergänzende Aussagen über die Erinnerungskultur böte es sich an, den Blick auf Stimmen in der Breite der Gesellschaft zu richten. Die in der Arbeit wiederholt herangezogenen Meinungsumfragen konnten hierfür nur einen sehr schematischen Einblick liefern.

Das in Kapitel 2.5 entwickelte strukturierte Vorgehen bei der Beschreibung der Museen, der Untersuchung der Ausstellungen und des Konzeptionspapiers der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat sich als Methode bewährt, den komplexen Gegenstand der Ausstellung zu erfassen und klare Befunde herauszuarbeiten. Mit wenigen Einschränkungen war die Untersuchungsmaske auf alle Einrichtungen anwendbar und damit die Vergleichbarkeit gewährleistet. Ein direkter, parallelisierender Vergleich der Ausstellungen, beispielsweise nach Themen wie »Flucht« oder »Lager« wäre eine Alternative, wird aber dem Charakter des Gesamtkunstwerkes Ausstellung durch die wissenschaftliche Isolierung einzelner Elemente nicht gerecht.

In dieser Studie wurden verschiedene Fragen gestreift, für deren Beantwortung weitere Forschungen sowohl notwendig als auch vielversprechend erscheinen. Künftige Untersuchungen könnten die hier vorgelegten Ergebnisse mit archivalischen Quellen abgleichen. Dies kann sowohl auf den verschiedenen politischen Ebenen, wie denen der regionalen und nationalen Entscheidungsträger oder der Verbände, als auch auf der Ebene der Museen geschehen. Auch wenn Museen ihre Arbeit unterschiedlich dicht archivarisch dokumentieren, könnten weitere Hintergründe und Entscheidungsprozesse ergänzend analysiert werden, nachdem in dieser Arbeit die fertigen Ausstellungen oder ausgearbeitete Konzeptionspapiere im Fokus standen. Dafür bietet sich auch das Format des Interviews mit den Museumsmachern an.

Ebenso lohnend wäre eine Untersuchung der Wünsche und Vorstellungen noch lebender deutscher Vertriebener, aber auch ihrer Nachfahren in Bezug auf die Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung. Nicht nur diese Arbeit, auch die Debatten der letzten Jahrzehnte konzentrierten sich auf die Vertriebenenverbände und ihre Spitzenfunktionäre sowie die politisch-medialen Auseinandersetzungen und gingen damit nicht selten an den individuell Betroffenen vorbei.

Der Vorschlag von Stephan Scholz, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung und die Erfahrungen der Vertriebenen mit »andere[n] Migrationsgeschichten zu vergleichen«, erscheint insofern sinnvoll, als damit die in Kapitel 1.4 und 5.1 besprochene Diskussion, inwieweit hier Parallelen und Unterschiede vorliegen, wissenschaftlich fun-

diert werden kann.⁸ Philipp Ther hat hierzu mit seiner Studie »Die Außenseiter« über den Flüchtling in der Moderne einen wichtigen Schritt getan. Unabhängig von der Diskussion, ob oder wie Zwangsmigration unter das Dach der Migrationsforschung gehört,⁹ ist der Vergleich mit weiteren Erinnerungskulturen zu anderen Zwangsmigrationen erkenntnisversprechend.¹⁰

Einige Defizite der Forschung sind in der vorliegenden Studie offenbar geworden. Beispielfähig wäre hier die in der Wissenschaft häufig negative bewertete Arbeit der Vertriebenenverbände zu nennen. Durch das Abarbeiten an der nicht nur von den Verbänden vorgetragenen These der Tabuisierung des Vertreibungsthemas seit der späten Bonner Republik oder das Herausstreichen der Verantwortung der Sudetendeutschen Landsmannschaft für das Scheitern einer sudetendeutsch-tschechischen Versöhnung 1989 wird möglicherweise die durch das offensive Auftreten ihrer Verbandsspitzen verdeckte Opfererfahrung der Mitglieder unter- und der – freilich auch von den Verbandsvertretern bemühte – Charakter eines professionellen politischen Großverbands überschätzt. Die Vertriebenenverbände sind in Teilen der deutschen Gesellschaft und noch viel mehr in Polen und Tschechien keine allgemein anerkannten Vereinigungen wie andere Opferverbände des Krieges. Wesentliche Gründe dafür sind ihre historische Rolle als politische Großverbände, die ihre Ansprüche gegenüber den östlichen Staaten lange nicht aufgeben wollten, ebenso wie ihre als einseitig wahrgenommene Erzählung über das Ende des Zweiten Weltkrieges und ihre Perspektive auf Schuld und Verantwortung. Weiter konnten in der Studie wiederholt Belege für die These von Matthias Stickler gefunden werden, der die Verbindung der Vertriebenenverbände mit dem Parteienwesen, durch welche die Loyalitäten der führenden Funktionäre häufig geteilt waren, als zumindest zwiespältig für die Anliegen der Vertriebenen bewertet hat.¹¹ Eine vertiefte Berücksichtigung der Untergliederungen des BdV, aber auch der individuellen Wahrnehmung deutscher Vertriebener zu den Entwicklungen, beispielsweise um das Jahr 1989 herum, könnte hier für ein tieferes Verständnis sorgen und die durch die geschichtspolitischen Kämpfe bedingte Schieflage der Wahrnehmung besser austarieren.

In künftigen Arbeiten könnten weitere Museen oder Museumsprojekte untersucht werden. So würde ein Einbeziehen der Museenlandschaft im heute zu Russland gehörenden Teil Ostpreußens nicht nur eine von der Europäischen Union weitgehend unbeflusste Museums- und Erinnerungskultur als Vergleichsfolie aufzeigen, sondern

8 Scholz: »Flucht und Vertreibung« in der deutschen Erinnerungskultur, 2016, S. 167.

9 Vgl. Kap. 1.4, S. 40., Kap. 5.1, S. 215–217.

10 Vgl. hierfür beispielhaft den 2016 erschienenen, vergleichend angelegten Sammelband zum Schicksal der Algerierfranzosen und der deutschen Vertriebenen: Borutta; Jansen et al. (Hg.): Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France, 2016. Über das Themenfeld der Zwangsmigration der Deutschen hinaus, wäre ein Vergleich griechischer und türkischer Museen zum »griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch« von 1923 interessant. Die europäische Dimension verlassend, bieten sich für einen globalhistorischen Ansatz Studien und ein Vergleich mit der Erinnerung an die pakistanisch-indischen Vertreibungen an, denen ebenfalls Jahrzehnte des Konfliktes, aber auch Verständigungsprozesse folgten.

11 Vgl. Kap. 4.1, S. 151.

die im Diskurs wie auch in den Museen unterbelichtete, für das historische Geschehen aber zentrale sowjetisch-/russische Beteiligung an den Vertreibungen aufhellen. Im Sinne des Erkenntnisgewinns durch die Frage *Was wird nicht erzählt?* gilt dies auch, wenn diese in den dortigen Museen nicht oder kaum berücksichtigt ist.

Noch nicht vergleichend in den Blick genommen wurde die Darstellung von Flucht und Vertreibung in den jeweiligen Nationalmuseen. So könnte diese im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und dem Deutschen Historischen Museum in Berlin mit den Darstellungen in dem im Entstehen begriffenen Museum der Polnischen Geschichte und dem renovierten Nationalmuseum in Prag verglichen werden.¹² Eine künftige komparative Untersuchung des in Lublin entstehenden *kresy*-Museums und der SFVV bietet sich ebenfalls an.¹³ Insgesamt scheint ein vergleichender Gesamtüberblick über die zum Teil erhebliche Differenzen aufzeigenden Erinnerungskulturen der ostmitteleuropäischen und baltischen Länder zu Flucht und Vertreibung vielfältige Erkenntnisse zu versprechen. Zu diesem Kreis gehört auch Österreich, dessen enge Verbindungen zur Thematik mehrfach deutlich wurden, was sich aber nicht oder nur selten in seine notwendige Einbeziehung in die Debatten und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen niederschlägt.

In Deutschland könnte neben den weiteren ›ostdeutschen Landesmuseen‹ auch das im seit 1945 bestehenden Grenzdurchgangslager Friedland 2016 eröffnete Museum Friedland einbezogen werden, das am authentischen und weiterhin als Aufnahmelager fungierenden Ort die Chronologie von Flucht und Vertreibung nach dem Krieg, die Kriegsheimkehrer, die DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler bis hin zu heutigen Fluchtbewegungen behandelt.

In der vorliegenden Studie wurden Stärken, Potenziale und Defizite der untersuchten Museen herausgearbeitet. Diese stehen stellvertretend für Verhärtungen, Missverständnisse, aber auch Wege der Verständigung im Diskurs über Flucht und Vertreibung. Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass geschichtspolitische Fragen und Konflikte innerhalb der Gesellschaften und der Europäischen Union eher zugenommen haben. Eine nachhaltige Verständigung und eine gemeinsame Sprache, die unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen nicht verdeckt, konnten zwischen Deutschland, Polen und Tschechien zum Komplex von Flucht und Vertreibung noch nicht gefunden werden. Das *Einander verstehen* ist in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union heute allerdings von entscheidender Relevanz. Umso bedeutender ist damit die Aufgabe der Museen, sind sie doch als Vermittler, als Orte des Verstehens und damit für das Ziel der Verständigung besonders geeignet.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss den Museumsmachern der notwendige Freiraum für ihre Arbeit zugestanden werden. Ein mutiges Vorgehen von ihrer Seite aus

12 Die erste Ausstellung des tschechischen Nationalmuseums nach siebenjähriger Renovierungszeit hatte – zum hundertjährigen Jubiläum ihrer Gründung – die Tschechoslowakei zum Thema. In seiner Besprechung konstatiert Jakub Jareš, dass die tschechoslowakischen Minderheiten, Deutsche, Juden, Roma, Ungarn oder Ruthenen, trotz ihrer großen Bedeutung für die tschechische und slowakische Geschichte, keine Rolle spielen: Jareš: Rezension zu: *Národní muzeum; Slovenské národné múzeum* (Hg.): »Česko-slovenská/Slovensko-česká výstava«, 2019.

13 Vgl. Kap. 5.2, S. 237.

sollte zugleich immer den mündigen Besucher als Gegenüber anerkennen. Viele der hier besprochenen Ausstellungen wären vielleicht im Vorfeld nicht so heftig diskutiert und viele Museen eher eröffnet worden, wenn die Konzeptionen und Ausstellungen nicht mit dem Ziel größtmöglicher Unangreifbarkeit und Angst vor möglichen ›Missdeutungen‹ entwickelt oder vice versa von außen nicht entsprechende Forderungen und Befürchtungen geäußert worden wären. Damit ist keine unerreichbare und auch nicht wünschenswerte Politikferne gemeint: Gerade im Sinne einer Verständigung muss das Museum politische Themen diskutieren. Eine offene Herangehensweise mit Deutungsangeboten und didaktisch aufbereiteten Diskussionen der aktuellen wissenschaftlichen Forschung nähme schließlich die Last von den Ausstellungsmachern, eine allseits ausgewogene Ausstellung zu schaffen. Wenn das Haus der Europäischen Geschichte nun auf seine Kritiker zugeht und nach umfassender Reflexion eine Überarbeitung von Teilen der Ausstellung ankündigt, sollte dies nicht als Schwäche, sondern als Chance verstanden werden.¹⁴

Dieser Mut scheint besonders beim Blick auf gegenwärtige Herausforderungen von Flucht und Vertreibung erforderlich, aber auch bei der Betrachtung der Lage alter und neuer ethnischer Minderheiten. Die Verurteilung aktueller Vertreibungen fällt schwerer, wenn diese, wie im Falle der Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in einer bestimmten historischen Situation für unvermeidlich oder gerechtfertigt gehalten werden.¹⁵ Schließlich gibt es Stimmen, die einen Erfolg der Vertreibungen herausstellen – am polemischsten vielleicht die von Václav Klaus, als er den Israelis zur Lösung ihrer Minderheitenkonflikte die Vertreibung der Sudetendeutschen als Vorbild empfahl.¹⁶ Auch die weit von einem nachhaltigen Frieden und Verständigung entfernten Balkanstaaten diskutieren erneut Grenzziehungen nach ethnischen Kriterien.¹⁷

Gegenwärtige Ereignisse wie in Syrien, wo Enteignungsgesetze die Rückkehr von unliebsamen Flüchtlingen verhindern sollen, zeigen ebenso wie das Beispiel der Vertreibung der Rohingya in Myanmar, dass politische Führungen aus unterschiedlichen Gründen Vertreibungen weiter als Mittel der Politik nutzen.¹⁸ Aber nicht nur dort, auch in der westlichen Wissenschaft und Politik gibt es wieder Vertreter, die eine ethnische Segregation durch Umsiedlungen als vermeintliche Lösung unlösbarer und alter Konflikte vertreten.¹⁹

Wer die Notwendigkeit von Vertreibungen damals und in Ausnahmefällen auch heute noch sieht, darf sich aber in einer Hinsicht keine Illusionen machen: Die zwangsweise Umsiedlung von Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat kann nie »ordentlich und human« durchgeführt werden: »Wenn diese Operationen sich nicht in

14 Vgl. für ein ähnliches Plädoyer gegen das Ziel der Ausstellungen als »perfekte Produkte« und stattdessen als »verhandelbare« und »wandelbare« Orte, die so ihr »kreatives Potential« entfalten können: Boroffka: Kulturelle Bildung und besucherorientierte Vermittlung, 2013, S. 44, 49f.

15 Vgl. Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 448. Siehe auch: Kap. 3.7, S. 140f.

16 Vgl. ebenfalls kritisch zu der Frage nach dem »Erfolg« ethnischer Säuberungen, auch aus Perspektive der Täter: Schwartz: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2013, S. 644–646.

17 Mappes-Niediek: Die neue Balkanpolitik ist die ganz alte. *Deutschlandfunk*. 21.09.2018.

18 Kühntopp: Syrischen Flüchtlingen droht Enteignung. *Deutschlandfunk*. 27.04.2018.

19 Vgl. Schwartz: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2013, S. 624. Vgl. für ein Beispiel aus der Gegenwart des Nahostkonflikts: Hermann: Steht der Auszug der Palästinenser bevor? *FAZ*. 16.12.2017.

Umständen ausführen lassen, in denen Brutalität, Ungerechtigkeit und sinnloses Leiden unvermeidlich sind, lassen sie sich gar nicht ausführen.«²⁰ Die Gefahr von Vertreibungen scheint in West- und Zentraleuropa heute gebannt zu sein, dennoch darf der fortwährende »umfassende Ordnungsanspruch des modernen Staates an sich« nicht unterschätzt werden. Auch im Zuge gegenwärtiger Integrationsdebatten stellt sich die Frage, wie viel Differenz die heute vermeintlich so aufgeklärten Gesellschaften eigentlich aushalten.²¹

Am aktuellen Beispiel von Klaus Johannis zeigen sich die derzeitigen Extreme der Lage der nationalen Minderheiten in Europa. Johannis ist als Angehöriger der deutschen Minderheit der Siebenbürger Sachsen in Rumänien nach Rudolf Schuster in der Slowakei der zweite osteuropäische Staatspräsident mit deutscher Herkunft nach 1989. Auf der einen Seite ist Johannis ein Symbol für die Anerkennung der deutschen Bevölkerungsgruppe als integraler und geschätzter Bestandteil der rumänischen Gesellschaft, auf der anderen Seite war er im Jahr 2018 einer seit 1989 beispiellosen Hetzkampagne der rumänischen Sozialdemokraten ausgesetzt, die ganz gezielt mit antideutschen Stereotypen seinen Kampf gegen die Korruption zu verhindern und ihn als politischen Gegner auszuschalten versuchte.²² Auch in Polen droht sich die Lage der nationalen Minderheiten nach den Wahlsiegen der PiS zu verschlechtern.²³

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die Zerstörung Ostmitteleuropas durch den nationalsozialistischen deutschen Terror, die stalinistische Sowjetunion, aber auch die Beteiligung an der ethnischen Homogenisierung Europas durch bürgerliche Regierungen bleiben vor diesem Hintergrund eine anhaltende Mahnung gegen die fatale Wirkung von Krieg, Hass, radikalisierte Ideologie und ausuferndem Nationalismus. Der Krieg mahnt in erster Linie zum *Nie wieder*, aber auch zum Erhalt und Gedenken an das kulturelle Erbe des von diesem so schwer gezeichneten Ostmitteleuropa – und damit auch der Deutschen dieser Regionen. Daraus erwachsen in vielerlei Hinsicht der Wert und die Notwendigkeit, dem Thema Flucht und Vertreibung in der deutschen, polnischen, tschechischen und darüber hinaus der europäischen Erinnerungskultur einen festen Platz zu geben.

20 Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 460. Vgl. Kap. 3.7, S. 140f.

21 Brunnbauer; Esch: Ethnische Säuberungen in Ostmittel- und Südosteuropa, 2006, S. 17f.

22 Schwartz: »Der Deutsche ist schuld!«. *Deutsche Welle*. 26.08.2018.

23 Hanisch; Sieradzka: Verliert die deutsche Minderheit ihre Rechte? *mdr*. 09.08.2016.

